

Protokoll

über die 25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 01.12.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:24 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester
Herr Jörg Keller
Herr Michael Schernikau

Ausschussvorsitzender, 1. stellvertr.
Fraktionsvorsitzender

Herr Stephan Schwartz
Herr Norbert Weller

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Renate Palm

Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn
Herr Rüdiger Fölske

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dieter Strüven

stellvertr. Ausschussmitglied

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Vertreter für Frau Bohnert

Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

stellvertr. Ausschussmitglied



Verwaltung:

Herr Karl-Heinz Grass	Fachdienstleiter 2-61
Herr Klaus Lieberknecht	Fachbereichsleiter 2
Frau Christiane Maylahn	Fachdienst 2-61
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Frau Sonja Taschendorf	Schriftführerin

Gäste:

Herr Detlev Blohm	Stellvertr. Ausschussmitglied
Herr Dr. Detlef Murphy	stellvertr. Ausschussmitglied
Herr Christian Fuchs	
zu Top 4.1:	
Herr Hartmut Thede	Semmelhaack Wohnungsunternehmen
Herr Hans-Joachim Agather	Architektencontor Agather Bielenberg
Herr Jochen Meyer	Schoppe + Partner freiraumplanung
Herr Matthias Dähn	Waack + Dähn Entwursplanung
zu Top 5:	
Herr Sebastian Stegemann	WRS Architekten & Stadtplaner
Zu Top 9.1:	
Frau Dana Radtke	Köster GmbH
Herr Eugen Dumitrescu	Trioptics GmbH
Frau S. Dumitrescu	Trioptics GmbH
Frau S. Käufer	Trioptics GmbH

Es fehlte entschuldigt:

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor. TOP 3, Genehmigung des Protokolls, entfällt, da das Protokoll noch nicht vorliegt. Unter TOP 9, Einvernehmen der Gemeinde, wird es einen Unterpunkt 9.2. geben, in dem es um die Moorwegschule geht.

Herr Fölske vermisst den Antrag der SPD von der letzten Sitzung und beantragt die Aufnahme des Antrags. Herr Schumacher ergänzt, dass bei Beratungsbedarf, der TOP automatisch auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden müsste. Herr Schernikau antwortet, dass das Protokoll ihm noch nicht vorgelegt wurde, er aber zu erinnern meint, dass die SPD und die Grünen einen neuen gemeinsamen Antrag formulieren wollten, der bisher noch nicht eingegangen ist. Herr Funck macht den Vorschlag, den Antrag auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Damit ist die SPD nicht einverstanden und beharrt auf die Aufnahme auf die Tagesordnung, da hier Dringlichkeit gegeben sei. Auch Herr Dr. Murphy unterstreicht die Dringlichkeit.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeindeordnung strenge Voraussetzungen an die kurzfristige Aufnahme auf die Tagesordnung knüpft. Zum einen muss eine Dringlichkeit vorliegen. Das bedeutet, dass die Beratung und der Beschluss über eine Angelegenheit nicht bis zur nächsten Sitzung warten können, ohne dass ein Schaden für die Gemeinde entsteht. Dies muss objektiv gegeben sein. Ein Ermessen für die Politiker besteht hier



nicht. Wenn diese Dringlichkeit festgestellt wird, muss zusätzlich ein Antrag über die Aufnahme des TOPs von 2/3 der Ausschussmitglieder befürwortet werden.

Herr Schmidt äußert erhebliche Zweifel daran, dass hier eine Dringlichkeit im Sinne der GO vorliegt, auch wenn dies in diesem Fall unbefriedigend sein mag.

Herr Fölske wirft daraufhin dem Bürgermeister ein undemokratisches Verständnis vor und vermutet die absichtliche Unterschlagung des Antrags, da die CDU den Bürgermeister unterstützt. Der Bürgermeister weist diesen Vorwurf zurück und macht deutlich, dass er keinen Einfluss auf die Tagesordnung genommen hat.

Der Antrag von Herrn Schernikau die Öffentlichkeit für den Punkt 10, Mitteilungen und Anfragen, auszuschließen, wird vom Ausschuss einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird in der nachstehenden Reihenfolge beraten:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Anhörung der Beiräte**
- 3.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 24. Sitzung vom 03.11.2015.**
- 4.) **Wohnbauliche Entwicklung Wedel Nord**
 - 4.1 **Vorstellung der Planungsbüros und Wohnungsbaugesellschaft**
 - 4.2 **Projektstand**
Vorlage: MV/2015/106
- 5.) **Bebauungsplan Nr. 9b "Müllerkamp", 2.Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße**
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2015/128
- 6.) **Haushaltssatzung 2016**
Vorlage: BV/2015/108
- 7.) **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"**
 - 7.1 **Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung**
- 8.) **Mitteilungen und Anfragen**
 - 8.1 **4. Regionaler Nahverkehrsplan Kreis Pinneberg;**
hier: Stellungnahme der Stadt Wedel
Vorlage: MV/2015/105
 - 8.2 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**
 - 8.3 **Sonstiges**



9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.

9.1 Einvernehmen

Hier: Strandbaddamm

Vorlage: BV/2015/130

**9.2 Mitteilung über Aufstellung und Standort zweier Klassenraumcontainer
an der Moorwegschule**

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

10.2 Sonstiges

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Pflüger wiederholt seine Anfragen zum Planfeststellungsbeschluss Wedeler Au. Die Verwaltung antwortet, dass ihm schriftlich und mündlich mehrfach geantwortet worden ist, dass im Rahmen der Aktualisierung des Pflege- und Entwicklungskonzeptes Wedeler Au auch diese Fragen gutachterlich behandelt werden.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Der Umweltbeirat erklärt, dass er zurzeit an einem Konzept für die Fahrradboxen im Bahnhof arbeitet, das er im März nächsten Jahres im UBF vorlegen wird.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 24. Sitzung vom 03.11.2015.

Das Protokoll liegt noch nicht vor.

4.) Wohnbauliche Entwicklung Wedel Nord

4.1.) Vorstellung der Planungsbüros und Wohnungsbaugesellschaft

Herr Thede von der Firma Semmelhaack Wohnungsunternehmen stellt sein Unternehmen anhand einer Präsentation vor. Anschließend stellen sich auch der Architekt und Stadtpla



ner Herr Agather vom Architektencontor Agather Bielenberg und der Landschaftsplaner Herr Meyer vom Büro Schoppe + Partner Freiraumplanung vor.

Auf Nachfrage erklärt Herr Thede, dass sein Unternehmen gern mit dem Wettbewerbssieger weiterarbeiten würde und die Einbeziehung der Bürger heutzutage selbstverständlich ist. Angesprochen, ob die zeitlich begrenzten Fördertöpfe Einfluss auf die Realisierungsgeschwindigkeit von Wedel Nord haben, sagt Herr Thede, dass das Ziel ist, Wedel Nord in den nächsten 5 Jahren zu entwickeln. Man wird aber keine Kompromisse in der Qualität eingehen.

Herr Lieberknecht berichtet, dass das Projekt auf drei Ebenen bearbeitet wird. Zum einem gibt es einen 14tägigen Jour Fixe mit dem Projektentwickler und den Planungsbüros, als zweites trifft sich die AG Wedel Nord mit den Vertretern der Fraktionen und als dritte Ebene gibt es die abschließende Vorstellung und die Beschlussfassung im Planungsausschuss.

Auf die Frage wie hoch die Quote für die Flüchtlinge im geförderten Teil ist, sagt Herr Thede, dass so etwas mit der Stadt vereinbart wird.

Der Seniorenbeirat erkundigt sich, wer Wedel Nord baut und ob Flächen schon aufgekauft sind. Ihm wird geantwortet, dass Semmelhaack Wohnungsunternehmen nicht nur der Projektentwickler ist, sondern auch als Bauherr fungiert und dass bisher 85 % der Fläche erworben wurden.

4.2.) Projektstand **Vorlage: MV/2015/106**

Herr Funck möchte die einzuwerbenden Finanzmittel für das Rahmen- und Bebauungsplanverfahren in Höhe von 500.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.

5.) Bebauungsplan Nr. 9b "Müllerkamp", 2.Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße **hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB** **Vorlage: BV/2015/128**

Herr Schernikau begrüßt Herrn Stegemann vom Büro WRS Architekten und Stadtplaner GmbH, der für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Wuttke stellt den Antrag, dass es eine offene Bauweise und im Innenbereich keine Stellplätze geben wird. Herr Schernikau verweist auf die Legende des B-Plans und Herr Burmester weist auf Punkt 4.4 hin.

Herr Schumacher schlägt eine Streichung in der Begründung vor. Auf S.4, Punkt 1.1. zweiter Absatz, 2. Satz soll der Satz verkürzt werden auf: „So sollen die beiden Zeilen entlang der Rudolf-Breitscheid Straße aufgestockt werden.“ Der Rest des Satzes soll gestrichen werden. Herr Dr. Murphy ergänzt, dass folgerichtig auch auf Seite 12, 1. Absatz, 4. Satz gestrichen werden sollte: „Die beiden Zeilen sollen durch zwei moderne viergeschossige Zeilen (plus Staffel) ersetzt werden.“ Dies findet allgemeine Zustimmung.

Herr Stegemann erklärt, dass schon der zurzeit geltende B-Plan Abriss und Neubau ermöglicht. Hierfür gibt es keine konkreten Planungen, der neue B-Plan soll aber die Option offen lassen, falls es in fernerer Zukunft Bedarf gibt. Zum Thema Stellplätze äußert er, dass der Gesetzgeber den Stellplatz-Erlass außer Kraft gesetzt und willentlich vorgesehen hat, die Stellplatzfrage auf der nächsten Ebene - im Rahmen der Baugenehmigung - zu regeln. Die



Tiefgarage liegt mit je 34 Stellplätzen unter den bestehenden Gebäuden Haus 1 und 2. Diese bleibt auch bestehen, solange die Gebäude nicht verändert werden.

Herr Dr. Murphy fragt, ob die Erklärung des Eigentümers vorliegt. Dies wird verneint.

Herr Fölske fragt, ob es bei der Begehung, bei der die SPD nicht teilgenommen hat, neue Erkenntnisse zu den Sozialbauwohnungen gegeben hat. Herr Stegemann antwortet, dass die herzustellenden Wohnungen keiner Bindung unterliegen werden. Man will sie zu marktüblichen Preisen vermieten, gerade um die alte Mietenstaffelung erhalten zu können. Öffentliche Förderung oder Bindung spielt bei diesem Projekt keine Rolle, zumal die Aufstockung sich unterhalb der Fläche bewegt, die die Politik in ihrem 30%-Beschluss festgelegt hat.

Herr Eichhorn fragt, ob eine energetische Aufrüstung auf die Mieten umgelegt wird. Dies wird bejaht. Seine Frage, ob die Kosten der Aufstockung umgelegt werden, dagegen verneint. Herr Eichhorn fragt weiter, wie es mit den Kosten eines Fahrstuhls aussieht. Herr Stegemann antwortet, dass das Mietrecht nicht Gegenstand eines B-Plans ist. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung eines Fahrstuhls besteht hier nicht und es ist auch keiner geplant.

Herr Funck zeigt sich enttäuscht vom Eigentümer, der seine langjährigen Mieter nicht anhört, unter denen eine „katastrophale Angst herrsche“.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass die Linke dem Beschluss nicht zustimmen wird, da es zu viele unbeantwortete Fragen gibt.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat mit den Änderungen in der Begründung mit
8 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen:

Der Rat beschließt,

1. die während der Auslegung von der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB) und den Behörden (§ 4 (2) BauGB) abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
2. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 9b „Müllerkamp“, 2. Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung,
3. die Begründung zu billigen.

6.) Haushaltssatzung 2016 Vorlage: BV/2015/108

Herr Grass erklärt, dass im Haushalt 2015 Planungsmittel in Höhe von 200.000 € zur Verfügung stehen und für 2016 sind bislang weitere 200.000 € vorgesehen sind. In 2015 sind bislang nur 20.000 € ausgegeben worden, so dass 180.000 € weiterhin zur Verfügung stehen, die allerdings nicht übertragbar sind. Daher ist der Vorschlag, für den Haushalt 2016 insgesamt 500.000 € einzustellen, da zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässliche Honorarermittlung erfolgen kann. Die Schätzungen für die Planungskosten basieren auf den Festlegungen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) für die Bearbeitung von Bebauungsplänen. Darüber hinaus werden für Fachgutachten wie beispielsweise den Artenschutzfachbeitrag Planungsmittel benötigt. Diese Ausgaben werden vom Investor erstattet und eine entsprechende Einnahme wird dem Ausgabeansatz gegenüberstehen.

Herr Schernikau fragt, ob der Ausschuss damit einverstanden ist, den Beschluss über die Änderung im Rahmen der Nachschiebeliste dem Rat zu überlassen. Dem wird nicht widersprochen.

Herr Wuttke erkundigt sich, ob die Summe Kosten für Straßenbauplanung enthält. Dies wird verneint. Herr Schmidt versichert, dass die Verwaltung nichts anderes plant als beschlossen ist und wird. Beschlüsse sind für die Verwaltung verbindlich. Eine Ausgabe kann nur geleistet werden, wenn sie auch im Haushalt eingestellt ist.

Herr Lieberknecht ergänzt, dass die Stadt das Heft in der Hand behalten will und daher sie beauftragt, aber der Investor zahlt. Jeder Auftrag muss vom PLA beschlossen werden. Insofern ist ein Sperrvermerk überflüssig.

Herr Wuttke fragt, ob die Planungen zum innerstädtischen Radweg, B-Plan Nr. 76, mit einfacher Umschichtung möglich sind oder eine Erhöhung des Ansatzes erforderlich ist. Die Verwaltung antwortet, dass der Aufstellungsbeschluss vorliegt und die Wegeführung schon diskutiert wird. Der PLA ist lediglich für die Planung zuständig, der Rest muss im UBF beschlossen werden. Sie weist auf die falsche Berichterstattung in der Zeitung hin. Zwei benötigte große Grundstücke gehören nicht der Stadt.

Herr Lieberknecht erinnert daran, dass erst gebaut werden kann, wenn das B-Plan-Verfahren abgeschlossen ist.

7.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht berichtet, dass zurzeit die Mängel beseitigt werden. So werden die Beleuchtungsköpfe sukzessive ausgetauscht. Auch ist festgestellt worden, dass die Bäume gestützt werden müssen, da die Wurzelverspannung dem Wind nicht standhält.

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) 4. Regionaler Nahverkehrsplan Kreis Pinneberg; hier: Stellungnahme der Stadt Wedel Vorlage: MV/2015/105

Herr Schumacher versteht nicht, warum der Ausschuss diese Vorlage erhalten hat, wenn ihm der 4. Regionale Nahverkehrsplan nicht vorliegt, zu dem Stellung genommen wurde. Weiter vermisst er die Benennung der Defizite im Nahverkehr wie Fehlen eines 2.S-Bahn-Haltes und Probleme mit dem Bus 189. Auch Herr Wuttke ist unzufrieden und möchte den Nahverkehrsplan zur Verfügung gestellt bekommen.

8.2.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Die Verwaltung verteilt die schriftliche Antwort zum Prüfauftrag der CDU vom 29.09.2015. Herr Schumacher möchte diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung nehmen.

8.3.) Sonstiges

Die Verwaltung berichtet, dass sie vom Kreis angeschrieben wurde, ob sie im Rahmen der Erreichbarkeitsanalysen der TU Hamburg einen Radschnellweg anmelden möchte. Dies hat die Verwaltung getan: die Trasse führt parallel der S-Bahn von Rissen nach Wedel und dann weiter auf dem historischen Kirchweg nach Holm.

Weiter wird berichtet, dass die Telekom 3 der 6 öffentlichen Telefonzellen in Wedel zurückbauen möchte. In der Bahnhofstraße hat die Telekom einen HotSpot eingerichtet.

Die Verlegung der Wassertransportleitung am Kirchstieg muss verschoben werden, da die Auswertung neuer Luftbilder, eine Kampfmittelsondierung erforderlich macht. Weiter wird die Verwaltung eine positive Stellungnahme zu einem Hetlinger B-Plan, Eckhorst, abgegeben.

Herr Dr. Murphy berichtet, dass er in der Zeitung gelesen hat, dass die Verwaltung nicht mit der Fertigstellung der Unterkunft Feldstraße 2016 rechnet. Herr Lieberknecht stellt richtig, dass er nur auf die durch den Bürgerentscheid verursachte Verzögerung hingewiesen hat, wodurch ggf. die Fertigstellung 2016 nicht mehr erfolgen kann.

Herr Wuttke fordert eine Vorlage für den Standort Steinberg mit ersten Plänen und Skizzen schon im Januar 2016. Herr Schmidt antwortet, dass die Verwaltung mit Hochdruck an den Projekten arbeitet. Allerdings wird die Situation immer schwieriger. Innerhalb von 2 Wochen kommen mehr Menschen als vor 2 Jahren in einem Jahr. Die Neubaukapazitäten werden da nicht ausreichen.

Herr Wuttke regt an, zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Mühlenstraße offizielle Kontrollen durchzuführen. Der Bürgermeister erklärt, dass diese Kontrollen in die Zuständigkeit des Kreises und der Polizei fallen. Da die wiederum nur begrenzte Kapazitäten haben, werden diese nach Unfallschwerpunkten durchgeführt. Aber er wird sich trotzdem darum kümmern.

Herr Fölske erkundigt sich nach der Anfrage der SPD. Diese ist angekommen und wird vermutlich im Januar beantwortet.

9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.

9.1.) Einvernehmen

Hier: Strandbaddamm

Vorlage: BV/2015/130

Frau Radtke von der Firma Köster GmbH stellt das Bauvorhaben vor.

Herr Eichhorn hat Probleme, dem Entwurf zuzustimmen, da er ihm zu hoch und voluminös ist.

Herr Wuttke ist verwirrt, dass jetzt 2 Varianten vorgestellt werden, in der Vorlage aber nur eine. Da in der Fraktion nur eine Variante besprochen wurde, möchte er die Abstimmung verschieben. Er fragt, ob es Gespräche zwischen der Verwaltung und dem Bauherrn über die öffentliche Nutzung der Parkplätze gegeben hat.

Der Umweltbeirat bemängelt, dass sich das Projekt nicht in die umliegende Bebauung einfügt und optisch und umwelttechnisch nicht passend ist.

Herr Weller lehnt die Gebäudehöhe als solches nicht ab, da es im Tonnenhafen noch höhere Gebäude gibt.

Herr Schumacher gefällt das Konzept besser als das vorangehende und erkundigt sich, ob man nicht mehr Spielraum hätte, wenn man die Zufahrten für Trioptics und für den städtischen Parkplatz verbindet.

Herr Grass wendet ein, dass eine Trennung für klare Verhältnisse sorgt. Zudem ist der LKW-Verkehr problematisch für einen öffentlichen Parkplatz.

Herr Funck erklärt, dass die WSI zustimmt.

Herr Fölske hat Bedenken wegen der Gesamtsilhouette mit Hotel und Hafen. Er möchte bei Beratungsbedarf Unterlagen mit der Darstellung dieses Themas.

Her Eichhorn ergänzt, dass der Ausschuss Höhenüberschreitungen immer sehr kritisch gesehen hat und bittet um eine Lösung ohne Überschreitung. Frau Radtke antwortet, dass die Realisierung eines Gebäudes für die Anzahl an Mitarbeitern innerhalb der Baugrenzen kaum

möglich ist. Falls man nicht die Höhe überschreite, müsste man andere Auflagen wie die GRZ überschreiten.

Herr Dumitrescu erklärt, dass die Firma wächst. 2015 hat man 60 neue Mitarbeiter eingestellt. Als man vor 2 Jahren mit den ersten Planungen begann, war man von weniger Platzbedarf ausgegangen. Nun drängt die Zeit. Das Gebäude in der Hafenstraße muss voraussichtlich 2017 geräumt werden, daher braucht man jetzt eine schnelle Entscheidung. Die Idee, im BusinessPark zu bauen, hat man verworfen, da es hier keinen verlässlichen Zeitplan gibt. Die Hälfte seiner Mitarbeiter kommt aus Wedel, so dass ihm ein Standort in Wedel auch wichtig wäre. Zugunsten des Zeitfaktors ist er bereit, auf die Westvariante zu verzichten.

Herr Schernikau stellt fest, dass nur die Westvariante Beratungsbedarf auslöst und die Ostvariante abstimmbar ist.

Die Linke will das Einvernehmen erteilen und damit die bleibende Ansiedlung des Unternehmens honorieren.

Herr Wuttke fragt, ob die Stellplätze auf dem Firmengelände an den Wochenenden auch öffentlich genutzt werden können. Ihm wird geantwortet, dass dies noch nicht Gegenstand der Gespräche gewesen ist.

Der Vorsitzende lässt über die Ostvariante (Anlage der BV/2015/130) abstimmen.

Der Planungsausschuss beschließt mit 12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 31 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau Unternehmenszentrale, Strandbaddamm, zu erteilen.

9.2.) Mitteilung über Aufstellung und Standort zweier Klassenraumcontainer an der Moorwegschule

Die Verwaltung berichtet, dass in der Moorwegschule weitere Klassenräume benötigt werden. Es sollen 2 Container außerhalb der Baugrenzen auf dem Kleinspielfeld aufgestellt werden. Daher ist eine Befreiung nötig, die erteilt werden soll.

Um 21:02 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

gez. Michael Schernikau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

14.12.2015

14.12.2015



